

NichtraucherGesetz muss bleiben!

Österreichische Krebshilfe und OeGHO fordern die Koalitionsverhandler auf, das 2015 beschlossene NichtraucherGesetz nicht in Frage zu stellen.

Wien, 10. November 2017: Heute gehen die Koalitionsverhandlungen in die nächste Runde. Mit großer Sorge verfolgen die Betreiber der Initiative DON'T SMOKE diese Verhandlungen. Sie rufen die Verantwortlichen zur Besinnung auf und fordern im Sinne der Gesundheit aller das NichtraucherGesetz nicht in Frage zu stellen und endlich umzusetzen.

Die 2015 beschlossene Novelle des Tabakgesetzes war ein Meilenstein in der österreichischen Gesundheitspolitik. Nach der jahrelangen Forderung und letztlich auch mit Hilfe der vielen UnterstützerInnen der Initiative DON'T SMOKE machten die damaligen politischen Entscheidungsträger – allen voran Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser sowie Vizekanzler Reinhold Mitterlehner – das scheinbar Unmögliche möglich. Einziger Wehmutstropfen: die lange Wartezeit auf das Inkrafttreten des Gesetzes im Juni 2018.

„Es wäre völlig unverständlich und medizinisch unverantwortlich, die endlich begonnene Trendwende jetzt plötzlich wieder umzukehren und nachhaltig zu vernichten,“ erklärt Krebshilfe Präsident Univ.-Prof. Dr. Paul Sevelda. Rauchen ist für ein Drittel aller Krebserkrankungen verantwortlich – das sind in absoluten Zahlen jährlich 13.000 Neuerkrankungen in Österreich. Gut ein Drittel davon fallen auf Lungenkrebs. *„Eine Aufweichung des Nichtraucherschutzes bedeutet nicht nur einen Rückschritt, sondern vor allem eine massive Bedrohung der Gesundheit für die österreichische Bevölkerung – insbesondere der Jugend. Deshalb fordern wir diesen Irrsinn nicht vorzunehmen: Das NichtraucherGesetz muss bleiben!“*

„Das generelle Rauchverbot in der Gastronomie zählt in Europa mittlerweile zum Standard, der in Österreich bis dato zwar beschlossen, aber noch nicht umgesetzt ist. Die Aufhebung der Gesetzesregelung wäre ein gesundheitspolitischer Rückschritt“, zeigt sich auch der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Hämatologie und Medizinische Onkologie (OeGHO), Univ.-Prof. Dr. Andreas Petzer, entsetzt.

Generelles Rauchverbot ermöglicht gleiche Chancen für Gastronomie

Das generelle Rauchverbot bringt – neben dem gesundheitlichen Aspekt – noch einen zweiten großen Vorteil mit sich: Die uneinheitliche Situation aufgrund der „Wahlfreiheit“ der Gastronomie, ob sie nun rauchfrei sind, oder nicht, wird nun mit Juni 2018 vereinheitlicht. „Das bedeutet Chancengleichheit für alle Gastronomen,“ bekräftigt der Krebshilfe Präsident.

Dass das generelle Rauchverbot auch in Österreich positiv aufgenommen wird, lässt eine GfK-Studie aus Bayern erwarten. Denn auch in unserem Nachbarland hat sich die Akzeptanz des Rauchverbots fünf Jahre nach dessen Einführung drastisch erhöht: Während sich beim Volksentscheid vom 4. Juli 2010 61% der Befragten für ein generelles Rauchverbot im Gastgewerbe aussprachen, liegt die Zustimmung heute bei 80%. Bemerkenswert ist dabei, dass inzwischen sogar die Mehrheit der RaucherInnen dafür votiert. „Das sollte uns die letzten Zweifel nehmen“ so Petzer

Bei Rückfragen:

Österreichische Krebshilfe

Univ.-Prof. Dr. Paul Sevelda, Präsident sevelda@krebshilfe.net

Mag. Martina Löwe, Geschäftsführung loewe@krebshilfe.net

Tel. +43-1-796 64 50

Österreichische Gesellschaft für Hämatologie und medizinische Onkologie:

Walter Voitl-Bliem, MBA

Geschäftsführung

walter.voitl-bliem@oegho.at

Tel: 01 4789404